

SPD: Landtag entschied richtig

Ortsverein äußert sich zum Immunitätsbeschluss

HANN. MÜNDEN. Die SPD Hann. Münden erklärt sich solidarisch mit der Entscheidung des Landtages, die parlamentarische Immunität des SPD-Landtagsabgeordneten Ronald Schminke nicht aufzuheben. Wie berichtet, hatte der Landtag mit Stimmenmehrheit von SPD und Grünen die von der Staatsanwaltschaft beantragte Aufhebung der Immunität abgelehnt. CDU und FDP waren für die Aufhebung.

Die Landtagsmehrheit habe die Verfassung angewendet, so SPD-Vorsitzende Gudrun Surup. Dies als „Rechtsbeugung“ (eine schwere Straftat - Verbrechen - nach Paragraph 339 Strafgesetzbuch), „Missbrauch der Abgeordnetenprivilegien“, sowie als „Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens“ (als ob die Anwendung der Verfassung rechtsstaatswidrig sei) oder als „Verstoß gegen die Gewaltenteilung“ zu bezeichnen, sei ungeheuerlich. Wer die Anwendung der Verfassung als Verbrechen bezeichne, stelle sich außerhalb der Verfassung und damit außerhalb des Rechts. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes und der niedersächsischen Verfassung hätten gute Gründe gehabt, das Rechtsinstitut der Immunität der Abgeordneten in die Verfassung aufzunehmen. Solange diese in der Landesverfassung und im Grundgesetz verankert ist, sei die Berufung darauf durch den Landtag Verfassungsanwendung und keine Straftat.

Von Bedeutung sei auch, so Surup, dass der Abgeordnete Schminke seine Äußerungen in Wahrnehmung seines Mandats zum Wohle der Bürger seines Wahlkreises getätigt hat. Gerade im Hinblick auf diese Tätigkeit sei die Immunität geschaffen worden. (red/kri)

Als Ehrengast sprach Dr. Bernd Althusmann zu den Delegierten. Er war bis 2013 niedersächsischer Kultusminister war und hatte danach eine dreijährige politische Auszeit mit Auslandsaufenthalten in Afrika (Namibia und Angola) genommen. Althusmann kandidiert am 26. November beim Parteitag in Hameln für das Amt des CDU-Landeschefs und ist designierter Spitzenkandi-

Güntzler im Amt bestätigt

CDU-Bezirksverband wählt Göttingens Bundestagsabgeordneten mit 91,4 Prozent

GÖTTINGEN. Beim Parteitag des CDU-Bezirksverbandes Hildesheim wurde Fritz Güntzler am Samstag im Göttinger Hotel „Freizeit In“ mit großer Mehrheit im Amt des Vorsitzenden bestätigt. „Ich freue mich sehr über dieses tolle Ergebnis“, strahlte der Göttinger Bundestagsabgeordnete. 91,4 Prozent der knapp 100 Delegierten hatten ihm das beste Ergebnis beschert, seit er 2013 erstmals zum Vorsitzenden gewählt wurde. Als stellvertretende Vorsitzende im Amt bestätigt wurde die Osteröderin Susanne Mackensen-Eder.

Neue stellvertretende Vorsitzende sind der Northeimer Dr. Roy Kühne, die Hildesheimerin Ute Bertram sowie der ehemalige Innenminister Uwe Schünemann (Holzminden). Als Schatzmeister wiedergewählt wurde Harm Adam aus Bovenden.

Als Ehrengast sprach Dr. Bernd Althusmann zu den Delegierten. Er war bis 2013 niedersächsischer Kultusminister war und hatte danach eine dreijährige politische Auszeit mit Auslandsaufenthalten in Afrika (Namibia und Angola) genommen. Althusmann kandidiert am 26. November beim Parteitag in Hameln für das Amt des CDU-Landeschefs und ist designierter Spitzenkandi-



Neuer Vorstand: (von links) Harm Adam, Susanne Mackensen-Eder, Vorsitzender Fritz Güntzler, Ute Bertram, Uwe Schünemann, Dr. Roy Kühne.

Foto: Schröder

dat zur Landtagswahl. „Ich möchte Ministerpräsident werden, weil das eine großartige Herausforderung ist und weil dieses schöne Bundesland weit unter seinen Möglichkeiten regiert wird“, sagte er. Um die Wahl gewinnen zu können, müsse die CDU jedoch klar sagen, wohin sie wolle und ebenso klare Visionen haben, wo man 2030 steht.

Ganz oben auf seiner politischen Agenda stehe die Sicherheit – sowohl die innere

als auch die soziale. Nachholbedarf sehe er im Bereich der Zukunftslösungen – vor allem beim Breitbandausbau. „Ganz Niedersachsen müsste mit einem Gigabit versorgt werden, alles andere wäre kurzfristig“, betonte Althusmann. Die Frage aus dem Plenum, ob er sich mit den Stim-

men der AfD zum Ministerpräsidenten wählen lassen würde, beantwortete er mit einem klaren Nein. „Ich bin allerdings optimistisch, dass es uns gelingt, die AfD mittelfristig in die Bedeutungslosigkeit zurückzudrängen, wenn gute Sozialpolitik und gute Wirtschaftspolitik gemacht wird und wir eine klare Kante zeigen“, so Althusmann. Für eine Koalitionsaussage sei er nicht zu haben. „Erstmal müssen wir die Wahl ja schließlich gewinnen.“ (per)

Foto: Archiv

Die meisten Eschen nicht zu retten

80 Prozent der Bäume in der Samtgemeinde sind krank, Absterben nicht zu verhindern

SAMTGEMEINDE DRANSFELD.

Die Samtgemeinde Dransfeld hat ein massives Problem mit dem Eschentriebsterben: Ein externer Baumgutachter, der die Bäume in der Samtgemeinde regelmäßig kontrolliere, damit nirgends Verkehrsteilnehmer gefährdet werden, sei zu dem Ergebnis gekommen, dass 80 Prozent des Bestandes behandelt werden müssten, teilte Samtgemeindebürgermeister Mathias Eilers in der jüngsten Ratssitzung mit.



Krone wird lichter: Typisches Symptom beim Eschentriebsterben. Archivfoto: Sangerhausen

Das Problem allerdings sei: Wie die Erfahrung gezeigt habe, bringe eine Behandlung meistens keinen Erfolg. Eilers berichtete von einem Baum, den man vor einem Jahr mit einem aufwendigen Kronenschnitt versucht hatte zu kurieren und der heute schon wieder genauso stark befallen sei wie vor der Behandlung.

Betroffen seien rund 100 Eschen, die vorwiegend an Gemeindefahrwegen stehen, viele zwischen Meensen und Wiershausen, so Eilers weiter. Die Bäume stürben so schnell ab, dass man die Verkehrssicherheit auf Dauer nicht gewährleisten könne.

Mit dem Gutachter und dem Revierförster zusammen sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bäume rasch gefällt werden sollten.

Jetzt wäre das Holz noch zu verwenden, man könne es verkaufen und für das Geld Ersatzbäume kaufen und pflanzen

Das Eschentriebsterben wird durch einen Pilz ausgelöst, der aus Asien eingeschleppt worden ist, dem Hymenoscyphus pseudoalbidus („Falsches Weißes Stängelbecherchen“). Junge Bäume sterben am Pilz direkt, ältere an den Schädlingen, denen der Pilz den Weg bereitet. Er befällt Blätter und wächst in das Holz hinein. Die äußeren Blätter fallen zuerst, die Krone wird sichtbar lichter, bis Äste abfallen und der ganze Baum instabil wird – spätestens dann sind an Straßenrändern stehende Eschen eine Gefahr für Verkehrsteilnehmer. (tns)

Oberstes Ziel: Stabile Finanzen

Für neues Mehrheitsbündnis im Kreistag haben ausgeglichene Haushalte Vorrang

LANDKREIS GÖTTINGEN. Nur soviel Geld ausgeben wie man einnimmt – das hat sich das neue Dreierbündnis im Kreistag von SPD, Bündnis/Die Grünen und Freie Wähler als oberstes Ziel für die nächsten fünf Jahre gesetzt. Wie berichtet, haben die drei Fraktionen eine Gruppe gebildet, die damit die Mehrheit hat im Göttinger Kreistag. Grundlage der Zusammenarbeit ist eine von den drei Fraktionen geschlossene Gruppenvereinbarung. Die Fraktionsvorsitzenden Reinhard Dierkes (SPD), Dr.

Martin Worbes (Grüne) und Lothar Dinges (Freie Wähler Landkreis Göttingen) betonen, ausgehend vom Ziel, ausgeglichene Haushalte zu beschließen, stünden alle vereinbarten Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt. Die Projekte des Südniedersachsenprogramms hätten Vorrang. Dabei gehe die Gruppe davon

aus, dass die Landesregierung die finanzielle Beteiligung des Landkreises an den Projekten des Südniedersachsenprogramms außerhalb des Zukunftsvertrags rechne und daher den finanziellen Spielraum bei den freiwilligen Leistungen nicht einschränken. Die Gruppe bittet Landrat Bernhard Reuter (SPD), sich mit diesem

Ziel bei der Landesregierung einzubringen. Das Mehrheitsbündnis setze sich dafür ein, dass ausreichend Personal vorhanden ist, um die dem Landkreis übertragenen Aufgaben zu erfüllen; das gelte auch für die Kreisfeuerwehr, sie müsse finanziell angemessen ausgestattet sein. (kri)

BERICHT UNTEN



Reinhard Dierkes



Dr. Martin Worbes



Lothar Dinges

Foto: Archiv

Nahverkehr, Soziales, Bildung

Schwerpunkte der Vereinbarung von SPD, Grünen und Freien Wählern im Kreistag

Das sind die Schwerpunkte der Vereinbarung:

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR UND RADVERKEHR

Die Gruppe will den Zweckverband Verkehrsverbund Südniedersachsen zu einem „modernen und effizienten Mobilitätsdienstleister“ weiterentwickeln. Vordringlich sei eine Tarifreform, die im Ergebnis dazu führen soll, dass mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren.

Das Bündnis schlägt ein Sozialticket vor und setzt sich für alternative Antriebe bei den Nahverkehrsfahrzeugen sowie eine kostenfreie Fahrradmitnahme ein.

Ferner will das Bündnis, dass das Mobilitätsmanagement verstärkt wird und beim Landkreis eine Verkehrsplannerstelle geschaffen wird. Die Gruppe will sich zudem für eine Schnellbuslinie von Göttingen nach Duderstadt einsetzen. Der Zuschuss des Kreises für Radwege in den Gemeinden betrage künftig 50 Prozent, so das Ziel des Bündnisses. Bei Vorhaben an Kreisstraßen würden Radwege mitgeplant und gebaut.

SOZIALES

Den Schwerpunkt will die Mehrheitsgruppe auf Vorbeugung setzen. So sollen das Integrationskonzept sowie das Netzwerk „Frühe Hilfen“ weiterentwickelt und umgesetzt werden.

In der Jugendhilfe soll ein neuer Schwerpunkt Prävention geschaffen werden; für den Bereich Familienzentren soll die Verwaltung beauftragt werden, im nächsten Jahr ein Konzept zu erarbeiten, für dessen Umsetzung dann im Jahr 2018 Geld aus dem Haushalt bereitgestellt werden soll.

Die Berufseinstiegsbegleitung will die Mehrheitsgruppe auf den ehemaligen Landkreis Osterode ausweiten, umgekehrt soll das im Altkreis Osterode erfolgreiche Programm „Kinder Bildung Zukunft“ auf das gesamte Kreisgebiet erweitert werden. Ziel sei außerdem, die Jugendverbandsarbeit stärker zu fördern.

GESUNDHEIT

Die Verwaltung soll sich an den vom Bund ausgeschriebenen Modellprojekten zur Pflege beteiligen; der Landkreis wird die Gesundheitsregion Göttingen unterstützen.

WOHNUNGEN

2017 soll die Verwaltung ein Gutachten in Auftrag geben, um zu ermitteln, wie hoch der Bedarf an Mietwohnungen im Kreis ist.

BILDUNG

Der Landkreis soll nach dem Willen des Bündnisses die Einrichtung einer integrierten Gesamtschule in den Altkreisen Hann. Münden und Osterode prüfen. Maßstab für die Entscheidungen bleibe der Elternwille. Die Gruppe will sich beim Land für die Finanzierung von Sozialarbeitsstellen an allen Schulformen einsetzen.

Bei der Verpflegung in den Ganztageschulen werde darauf geachtet, frische und biologisch erzeugte Produkte aus der Region zu verwenden und die Verpflegung auf ein Niveau zu bringen, das den Anforderungen an eine kind- und jugendgerechte Ernährung entspreche.

Beide bisherigen Programme und Stellen des Projekts „für Demokratie und gegen Rechts“ (in den Kreisen Göttingen und Osterode) würden beibehalten und später ausgeweitet werden.

UMWELT, ENERGIE, NATUR

In allen Kommunen sollen Regionalbeauftragte für Umwelt eingesetzt werden; die Energieagentur werde für weitere fünf Jahre mindestens auf dem Niveau finanziell abgesichert, wie es der Zukunftsvertrag darstelle. Das gelte ebenso für den Landschaftspflegeverband. Das Altbauanierungsprogramm werde fortgesetzt. Den Naturpark Münden will die Mehrheitsgruppe finanziell absichern, die Zuschüsse für die Umweltverbände um 20 000 Euro erhöhen.

SPORT

Die Gruppe will die Mittel für die Sportstättenförderung um 100 000 Euro auf 250 000 Euro aufstocken.

MÜNDENER PROJEKTE

Der Landkreis wird nach dem Willen des Bündnisses die Sanierung des Mündener Rathauses entsprechend der Förderung des Duderstädter Rathauses unterstützen. Ein weiterer Punkt der Vereinbarung betreffe den Portalkran an der Weserumschlagstelle in Hann. Münden, so das Bündnis. (kri)

Martinsgansessen für den guten Zweck

Spendenparlament lädt für den 11. November ein

HANN. MÜNDEN. Das Mündener Spendenparlament lädt wieder zur Benefiz-Veranstaltung „Martinsgansessen“ ein.

Das Martinsgansessen findet am Freitag, 11. November, ab 18 Uhr im Ratsbrauhaus, Markt 3, in Münden statt.

Das Buffet bietet neben Gänsebrust oder -keule mit passenden Beilagen auch verschiedene andere Fleischgerichte und Vegetarisches. Der Reinerlös des Abends fließt wie immer zu 100 Prozent in die Spendenkasse des Parlaments. Um Anmeldung zum Essen wird gebeten, gegebenenfalls mit dem Zusatz „ve-

getarisch“. Für die Teilnahme sollten bis zum 7. November pro Person 35 Euro (Buffet und ein Getränk) an folgende Bankverbindungen überwiesen werden: **IBAN: DE18 2605 1450 0000 0592 20** bei der Sparkasse Hann. Münden oder **IBAN: DE14 2606 2433 0002 3259 7-7** bei der VR Bank Südniedersachsen.

Wegen der Planung wird um kurze telefonische Bestätigung der Anmeldung gebeten unter Tel. 05541/4661 (Albrecht), Tel. 05541/73283 (Block), E-mail: spendenparlamentmueden@web.de. (sta)